



Council of the
European Union

083349/EU XXVII.GP
Eingelangt am 07/12/21

Brussels, 7 December 2021
(OR. en, de)

14771/21

Interinstitutional File:
2021/0328(COD)

JEUN 153
EDUC 414
SPORT 89
CULT 119
EMPL 543
BUDGET 44
SOC 726
GENDER 129
SAN 739
ENV 972
SUSTDEV 180
CLIMA 433
CODEC 1602
INST 444
PARLNAT 227

NOTE

From: The Austrian Parliament
On: 6 December 2021
To: The President of the Council of the European Union

No. prev. doc.: ST 12873/21

Subject: Proposal for a Decision of the European Parliament and of the Council
on a European Year of Youth (2022)
[2021/0328 (COD)]
*- Opinion on the application of the Principles of Subsidiarity and
Proportionality*

Delegations will find enclosed the opinion of the Austrian Parliament on the above-mentioned subject¹.

¹ The translation of the opinion may be available on the Interparliamentary EU Information Exchange website (IPEX) at the following address:
[COM/2021/634 > Austrian Federal Council - IPEX.eu](https://www.ipex.eu/COM/2021/634)



REPUBLIK ÖSTERREICH
Bundesrat
Der Präsident

Dr. Peter Raggl

An die
Präsidentin/den Präsidenten des
Rates der Europäischen Union

Wien, 2. Dezember 2021
GZ: 27000.0040/31-2/2021

Sehr geehrte Frau Präsidentin!
Sehr geehrter Herr Präsident!

Der EU-Ausschuss des Bundesrates hat in seiner Sitzung am 1. Dezember 2021 im Zuge der Beratungen über die EU-Vorlage

COM(2021) 634 final Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Europäisches Jahr der Jugend 2022

beiliegende **Mitteilung gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG** beschlossen.

Mit freundlichen Grüßen

(Dr. Peter Raggl)

Beilage

MITTEILUNG**an die Europäische Kommission, den Rat und das Europäische Parlament gemäß Art.****23f Abs. 4 B-VG****des EU-Ausschusses des Bundesrates vom 1.****Dezember 2021****COM(2021) 634 final Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Europäisches Jahr der Jugend 2022**

In ihrer Rede zur Lage der Union am 15. September 2021 hat EU Kommissionspräsidentin von der Leyen das Jahr 2022 zum Europäischen Jahr der Jugend erklärt. Am 14. Oktober 2021 wurde von der Europäischen Kommission die entsprechende Initiative verabschiedet. Sie trägt den besonderen Herausforderungen, mit denen Jugendliche derzeit konfrontiert sind, Rechnung. Vor allem die COVID-19 Krise wirkte sich in beispielloser Art und Weise auf die Beschäftigung, Bildung, soziale Inklusion und psychische Gesundheit junger Menschen aus.

Der EU-Ausschusses des österreichischen Bundesrates unterstützt ausdrücklich diese Initiative, welche junge Menschen, deren Beiträge und Sichtweisen ins Zentrum von politischen Entscheidungen und Prioritäten stellen soll, und dessen übergeordnetes Ziel es ist, die Union, ihre Mitgliedstaaten sowie regionale und lokale Behörden bei ihren Maßnahmen zur Unterstützung, Einbindung und Verbesserung der Zukunftschancen junger Menschen nach der Pandemie zu stärken. Begrüßt werden dabei insbesondere der bereichsübergreifende und inklusive Charakter der Initiative.

Die EU-Jugendstrategie bildet den Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in der Union für den Zeitraum 2019-2027. Gemäß ihren Schwerpunktbereichen „Beteiligung, Begegnung, Befähigung“ fördert diese Strategie u.a. das soziale und bürgerschaftliche Engagement junger Menschen und soll sicherstellen, dass alle über die notwendigen Ressourcen für die gesellschaftliche Beteiligung verfügen. Die Europäischen Jugendziele sind dabei fest verankerter Bestandteil der EU-Jugendstrategie. Der EU-Ausschuss des Bundesrates begrüßt die in der Europäischen Jugendstrategie verankerten europäischen Ziele (Youth Goals), an deren Entwicklung und Formulierung Österreich während der Trio-

Ratspräsidentschaft 2017/18, in welcher Österreich vertreten war, prominent und aktiv mitgewirkt hat. Besonders positiv hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die dabei erfolgte, direkte Jugendbeteiligung bei der Ausarbeitung der Ziele: So haben über 50.000 Jugendliche aus ganz Europa mit Onlinebeiträgen und in mehreren EU-Jugendkonferenzen daran mitgearbeitet.

In Österreich stellt Jugendpolitik ein besonderes Anliegen dar, dass von allen Bundesministerien, Akteuren und Stakeholdern wie der Bundesjugendvertretung als gesetzlicher Interessensvertretung mitgetragen wird. Die Europäische Jugendstrategie bildet dabei den Rahmen für die darin eingebettete nationale Jugendstrategie. In dieser nationalen Strategie wurden 28 Jugendziele unter den vier Handlungsfeldern Bildung und Beschäftigung, Beteiligung und Engagement, Lebensqualität und Miteinander sowie Medien und Information festgelegt, welche durch 82 konkrete Maßnahmen umgesetzt werden, und wobei auch die Europäischen Jugendziele miteinbezogen werden. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen der COVID-19 Pandemie ist ein zentrales Ziel die Gestaltung von Rahmenbedingungen und Strukturen, die junge Menschen dabei unterstützen und stärken, um sich Krisen aktiv stellen zu können. Wesentlich ist dabei die Förderung der Jugendbeteiligung, mittels des Instruments von „Reality Checks“ wird Feedback junger Menschen zu erarbeiteten Jugendzielen und Maßnahmen eingeholt, um die Relevanz des Jugendziels konkret aus der Sicht der Jugendlichen betrachten und beurteilen zu können.

Der EU Ausschuss des Bundesrates unterstreicht und unterstützt auch die Bemühungen der Union, junge Menschen in laufende Konsultationsprozesse, wie jener im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas oder dem EU-Jugenddialog, stark einzubinden. Von Seiten des österreichischen Parlaments, das mit vier Vertreterinnen und Vertretern in der Plenarversammlung der Zukunftskonferenz vertreten ist, werden zu diesem Zweck insgesamt fünf Veranstaltungen mit Jugendlichen zu jeweils einem der neun großen Themen der Plenarversammlung der Zukunftskonferenz abgehalten, um den jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, ihre Sichtweisen zu einem künftigen Europa zu präsentieren und sich zu thematischen Schwerpunkten der Zukunftskonferenz auszutauschen.

Der österreichische Bundesrat, die Zukunfts- und Europakammer des österreichischen Parlaments, hat bereits am 25. Mai 2021 Jugendliche zu einer Dialogveranstaltung unter dem Titel „Zukunft.Jugend.Europa“ geladen. Alle Beiträge der Jugendlichen werden in die multilinguale Plattform der Zukunftskonferenz eingespeist.